

Inserate
werden angenommen
in Bosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
H. H. Schell, Hoflieferant.
H. Gerber u. Breiter, Edle,
Alte Fähr, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Boer für den übrigen
redaktionellen Theil in Bosen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. H. Schell, Hoflieferant & H. Gerber u. Breiter, Edle,
Alte Fähr, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortliche für den
Inseratenthell:
J. Klugkist
in Bosen.

Pöfener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 876

Mittwoch, 14. Dezember.

1892

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 13. Dezember, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

An Stelle des ausgeschiedenen Abg. Schypel (Soz.) wird
Abg. Wolkensbühr (Soz.) in die Kommission für Arbeiterstatistik
durch Zuzug gewählt.

Darauf wird die erste Berathung der Militärvorlage fort-
gesetzt.

Sächsischer Kriegsminister v. d. Planitz: Bei der außerordent-
lich großen Wichtigkeit, welche die Militärvorlage hat, ist es nicht
zu vernachlässigen, wenn der Wunsch geäußert worden ist, zu er-
fahren, ob und wie weit die einzelnen Bundesregierungen mit der
Vorlage einverstanden sind. Es wurde vielfach behauptet, daß
einzelne Bundesregierungen Opposition machen wollten und sie
sogar gemacht hätten. Mir ist nicht bekannt, daß eine Regierung
diese Absicht gehabt oder ausgeführt hat; bezüglich der sächsi-
schen Regierung kann ich erklären, daß sie voll und ganz
auf dem Boden der Vorlage steht. Die sächsische Re-
gierung steht die politische Lage Deutschlands genau so an, wie es
vom Reichstanzler ausgeführt worden ist, und sie zieht in Folge
dessen auch die Schlussfolgerung der Heeresverfassung. Es wurde
auch die Frage gestellt, ob die einzelnen Regierungen gegen die
zweijährige Dienstzeit Bedenken erhoben hätten. Wie
steht es denn mit der dreijährigen Dienstzeit? Sie besteht bei
einzelnen Truppenteilen mit hohem Etat. Die übrigen haben
schon eine zweijährige. Die Entscheidung geht nicht dahin,
ob zwei- oder dreijährige Dienstzeit, sondern ob die tat-
sächlich schon bestehende zweijährige Dienstzeit mit ihrer un-
gleichen Verteilung und ihrer Belastung mit verschiedenen
Dienstausbildungszweigen, zum Beispiel der Ausbildung der
Ersatzreserve, vertauscht werden soll mit einer zweijährigen Dienst-
zeit, die eine solche Belastung nicht hat. Die sächsische Regierung
hat die Vorlage schon im Sommer in Händen gehabt und hatte
Gelegenheit, alle ihre Wünsche bezüglich der Vorlage zur Geltung
zu bringen. Diese Wünsche sind sämtlich berücksichtigt worden.
Die Vorlage hat nicht bloß den Vortheil, daß mit der Zeit
numerisch eine Verstärkung eintreten wird, sondern auch, daß die
innere Tüchtigkeit der Truppe gewinnen wird. Sie hat den Vor-
zug, den Uebergang der Friedensformation zur Kriegsformation
zu erleichtern, ältere Jahrgänge zu Hause zu lassen und jüngere
dafür einzustellen. Das ist ein Vortheil von eminentester Be-
deutung für das deutsche Volk. Die sächsische Regierung hat Werth
darauf gelegt, ihren militärischen Verpflichtungen seit 1867 voll und
ganz nachzukommen. Wenn wir nun voll und ganz auf dem
Boden der Vorlage stehen, so müssen wir der Ueberzeugung
sein, daß ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande
herbeigeführt wird. Ich gebe ja zu, daß die Vorlage an und
für sich für den ersten Augenblick nichts besonders Anziehendes
hat. (Heiterkeit.) Ich möchte sie vergleichen mit einem Manne,
dessen Bekanntschaft wir machen, der uns im ersten Augenblick
nicht sympathisch ist, später aber bei uns gewinnt und zuletzt unser
Freund wird. Ich hoffe, daß es mit der jetzigen Vorlage eben so
gehen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Es handelt sich um die Frage,
ob eine Verstärkung unserer Friedenspräsenzstärke notwendig ist
und ob sie durch die Vorlage erreicht wird. Frankreich hat uns
unsere Organisation nicht nur nachgemacht, sondern sie auch voll
durchgeführt, so daß man mit mehr Recht von Frankreich sagen
kann, es sei das Volk in Waffen, als von uns. Die Vorlage will
dieses Verhältnis ändern, und ist das geschehen, dann kann Frank-
reich uns das nicht mehr nachmachen. Man hat von der rage des
nombres gesprochen. Wir werden aber in einem zukünftigen Kriege
zwei Armeen aufstellen müssen. Deshalb müssen wir mit Zahlen
rechnen. Außerdem bringt uns die Vorlage die zweijährige
Dienstzeit. Der Abg. Richter hat sich doch widersprochen,
wenn er einerseits sagt, die Vorlage ist ein Triumph des Landes-
verstandes über die militärischen Autoritäten, und dann ander-
seits zur Ablehnung der Vorlage kommt. Sehr schätzenswerth ist,
daß man die Landwehr an die Stelle bringen will, an die sie
nach unserer Organisation gehört. Daß so viele militärische Auto-
ritäten sich gegen die Vorlage ausgesprochen haben, liegt an den
Nebensachen, die mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit
zusammenhängen. Aber ich stimme mit dem Reichstanzler darin
überein, daß die Verminderung der Qualität, die im Allgemeinen
durch verkürzte Ausbildung hervorgerufen wird, ersetzt wird durch
Verbesserung der Qualität in der Richtung, daß jüngere Leute
zuerst in den Kampf geschickt werden. Wenn auch die Ausführun-
gen des „Militärwochenblatts“ über die Landwehr etwas scharf
gewesen sind, enthalten sie doch viel Wahres. Leute, die Jahre
lang aus dem militärischen Verbands ausgeschieden sind, können
nicht die Anforderungen erfüllen, die an den Soldaten gestellt wer-
den müssen. Verheiratete Leute werden naturgemäß weniger gern
in den Kampf gehen als unverheiratete. Außerdem muß der alte
Mann gespart werden, nicht weil er militärisch minderwerthig,
sondern weil er wirtschaftlich mehrwerthig ist. Das ist der Kern-
punkt der Frage. Die Nachteile, welche in den erhöhten Kosten
liegen, werden durch die Vortheile der Vorlage aufgewogen. Wenn
wir die Vorlage ablehnen, werden wir nach meiner festen Ueber-
zeugung den Feind sehr bald im Lande haben. (Lebhafter Wider-
spruch und Heiterkeit links.) Gerade diejenigen, welche behaupten,
daß wir uns in einem wirtschaftlichen Uebergang befinden,
müßten für die Vorlage stimmen. (Lachen links.) Denn durch
vermehrte Einstellung wird für die übrigen Arbeiter die Arbeits-
gelegenheit vermehrt und auch die Industrie erhält durch ver-
mehrte Lieferungen weitere Beschäftigung. Bezüglich der neuen
Steuern wäre es besser gewesen, anstatt des Bieres den Tabak
heranzuziehen. Der größere Theil meiner Freunde ist bereit, im
Vertrauen auf die sachliche Tüchtigkeit der Vertreter der verbün-
deten Regierungen und auf die Leistungsfähigkeit der Nation für
die Vorlage zu stimmen.

Abg. Dr. v. Bennigsen (natl.): Ueber der Vorlage hat in
den vorbereitenden Stadien kein glücklicher Stern gewaltet. Wochen,
ja Monate lang, bevor sie noch an den Bundesrath gekommen war,

drangen Nachrichten über den Inhalt bruchstückweise in die Oeffent-
lichkeit, richtige und unrichtige, zum Theil hinsichtlich der Zahlen
vollständig übertriebene. Naturgemäß bemächtigte sich eine große
Unruhe der Bevölkerung. Denjenigen Parteien und politischen Ver-
sönlichkeiten, die den Grundlagen der Vorlage widerstrebten, wurde
es dadurch erleichtert, in der Presse und in den Versammlungen
die Gemüther zu beunruhigen und die Opposition gegen das Vor-
gehen der verbündeten Regierungen zu vollenden. Das wurde
umso mehr befördert, als sich von Anfang an herausstellte, daß die
bedeutenden Summen, die zur Deckung notwendig waren, durch
neue Steuerbewilligungen beschafft werden müßten. Die Verhältnisse in den einzelnen Staaten ließen es nicht zu, die
Deckung der Mehrforderungen durch Erhöhung der Matrular-
beiträge auf die Einzelstaaten abzuwälzen. Daß man zunächst den
Tabak hervorgehoben hat, hat infolgedessen eine bedenkliche Wirkung
gehabt, als die Tabakindustrie schon wiederholt beunruhigt worden
war, und weil die bestehende Tabaksteuer eine wesentliche Erhöhung
überhaupt nicht zuließ. Diese Beunruhigung rief eine gewisse Miß-
stimmung hervor, welche eine Ableitung von der Vorlage und ihrem
Inhalt auf dem eigentlich militärischen Gebiet herbeiführte. Wochen
und Monate lang traten die großen Vorzüge der Vorlage, die Ge-
füllung der liberalen Wünsche, die zweijährige Dienstzeit, die Ver-
jüngung der Armee, die Schonung der älteren Jahrgänge, die
bessere Vorbereitung der Mobilmachung in den Augen des Publi-
kums immer mehr zurück gegen die Art und Weise, wie man Deckung
für die neuen Ausgaben finden sollte. Bestärkt wurde man darin,
weil über die Zahl des Mehr an Friedenspräsenz und an jährlicher
Rekrutenausbildung irgend etwas Bestimmtes nicht gehört wurde.
Mit der Börse, Branntwein- und Biersteuer werden wir uns ja
demnächst noch näher zu beschäftigen haben. Ich halte mich aber
für verpflichtet, zu erklären, daß selbst wenn diese drei vorgelegten
Steuern in ihrem vollen Umfang bewilligt werden sollten, was zur
Zeit noch vollkommen unsicher ist, sie keineswegs eine volle Deckung
gewähren für das, was die Militärvorlage verlangt. Die drei
Steuern ergeben nur eine Deckung für die laufenden Ausgaben des
ersten Jahres von rund etwa 56 Millionen. Dabei ist noch zweifel-
haft, ob die Steuern gerade das eintragen, was die verbündeten
Regierungen von ihnen erwarten. Mir scheinen die Zahlen sehr
hoch gegriffen zu sein. In diesen drei Steuern ist keineswegs eine
Deckung für die 64 Millionen, welche die Militärvorlage vom
zweiten Jahre an kosten wird, und noch weniger für das, was entfallen
wird, was man auch als eine notwendige Wirkung dieser Militärvorlage
in Rechnung ziehen muß, die Zinsen von den Ausgaben. Rechnet
man das zu den 64 Millionen, so wird man in der Annahme nicht
irre gehen, daß es sich hier reichlich um 70 Millionen handelt. Für
diese Summe haben wir Deckung zu suchen, wenn die Vorlage in
ihrem vollen Umfang bewilligt wird. Ich bin überzeugt, wenn
man auf einmal Vorlage, Begründung und Deckungsmittel dem
Bundesrath und dem Reichstag unterbreitet hätte, der Eindruck
wäre ein besserer gewesen, und man würde in der Bevölkerung
ein besseres Verständnis und größere Befriedigung über die inneren
Vorzüge der Vorlage empfunden haben. Das ist doch zweifel-
los, daß die Herabsetzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre
eine große Erleichterung für den einzelnen Wehrpflichtigen enthält.
Die Ungleichheit und die Ungerechtigkeit, die in der Art des Aus-
suchens und des Vertheilens der Königsurlauben und des dritten
Jahrganges liegt, ist stark empfunden worden. Auch in der Ver-
jüngung der Armee liegt ein außerordentlicher Vorzug. Sie
macht nicht nur unsere Armee schlagfertiger, vor allen Dingen
wird die Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft, daß die ersten
entscheidenden Schlachten geschlagen werden unter Heranziehung
älterer Jahrgänge von zum Theil verheirateten und selbständigen
Männern, während hunderttausende junge, kräftige Leute im Water-
land vorhanden sind. Was nun die großen Forderungen anlangt,
die die Vorlage enthält: 83 000 Mann Erhöhung der Friedens-
präsenz und 60 000 Mann Mehrausbildung an Rekruten, so über-
treffen sie alles an Bedeutung, was in den verschiedenen Verstim-
mungen unserer Armee jemals geschehen ist. Die Gründe, welche
für so weit gehende Forderungen sprechen, müssen also ganz über-
wältigend sein, wenn die verbündeten Regierungen sich zu der Vorlage
entschließen haben, und wenn der Reichstag eine solche Forderung
bewilligen soll. Jeder, der den Verhandlungen des Reichstags
gefolgt ist, wird den Eindruck bekommen haben, daß die Vorlage
in ihrem ganzen Umfang auf eine Mehrheit schwerlich rechnen
darf. Die Stellungnahme des Vorredners, des Vertreters einer
kleinen Partei, ist nicht entscheidend. Im Uebrigen hat sich weder
in der Presse noch im Reichstag eine entscheidende Stimme er-
hoben, welche die Vorlage in ihrem vollen Umfang bewilligen will.
Auch ich bedaure, im Namen meiner Partei nicht
die Aussicht zur Annahme der jetzigen Vorlage
eröffnen zu können. Unsere Bedenken liegen einmal in dem
sehr bedeutenden Umfang der Deckungsmittel. Weiter sind nicht
nur bei meinen Freunden, sondern in weitesten Kreisen Bedenken
verbreitet, welche sich stützen auf die Ausdrücke und Mittheilungen
von in militärischen Dingen angesehenen Männern, hohen Militärs
in Amt und Würden, ob es möglich sein wird, die Umgestaltung,
so wie sie geplant ist, auf einmal durchzuführen, namentlich auch
dasjenige Instruktionspersonal in einem bis zwei Jahren zu ge-
winnen, welches zur Durchführung der Maßregel absolut erforderlich
ist. Abgesehen von dem immerhin noch nicht ausgeglichenen Man-
quement an Offizieren und Unteroffizieren bedürfen wir eines
Mehr von 1200 Offizieren und nahezu 12 000 Unteroffizieren.
Wir erinnern uns des Ausspruchs des Kriegsministers Verdy, wel-
cher ja einen ganz ähnlichen Plan, wenn auch auf anderer Grund-
lage, hatte, daß eine vollständige Heranziehung der tauglichen
Männer nur nach und nach in längeren Zeiträumen möglich sei,
ganz abgesehen von wirtschaftlichen Bedenken, schon um deswillen,
weil das erforderliche Mehr an Instruktionspersonal in einem
kurzen Zeitraum nicht zu beschaffen ist. Bezüglich der Kaval-
lerie ist bei meinen Freunden keine Neigung vorhanden, solche
Experimente, wie sie vorgeschlagen werden, und deren Nützlichkeit
nicht erwiesen ist, zu machen. Von wesentlicher Bedeutung sind die
Mehrforderungen für das Artilleriewesen, und eine erheb-
liche Verstärkung derselben wird bei meinen Freunden nicht auf
Schwierigkeiten stoßen. Nun bleibt noch die Bildung von 173 vier-

ten Bataillonen und die Vermehrung der übrigen Friedens-
präsenzstärke übrig. Die Begründungen hierfür sind nicht vollkom-
men ausreichend. Ich werde abwarten, welche Aufklärungen in der
Kommission gegeben werden. Es handelt sich mehr um militärische als
wirtschaftliche Fragen. Das möchte ich hierüber hervorheben, daß
wir im Parlament sehr wohl in der Lage sind, über militärische
Fragen, speziell über die geplanten Änderungen uns mit
hohen Militärs zu unterhalten. Wir können uns hier aber eben
so gut ein Urtheil bilden, wie über alle anderen technischen Dinge,
mit denen wir uns zu befassen haben. Da halte ich mich denn
für verpflichtet, hervorzuheben, daß sowohl hinsichtlich der Mög-
lichkeit der Beschaffung des Mehr an Instruktionspersonal die
größten Bedenken von Militärs mir gegenüber erhoben worden
sind, und ähnliches mir von anderen Mitgliedern des Hauses mit-
getheilt worden ist, als auch über die Art und Weise der Vervoll-
ständigung und besseren Ausrüstung der vierten Bataillone bei der
Mobilmachung. Namentlich hinsichtlich der vierten Bataillone
wird es wesentlich darauf ankommen, daß sie nirgends eine unter-
geordnete militärische Bedeutung erhalten, wodurch ihre Aufgaben
gehindert werden könnten. Hinsichtlich der zweijährigen
Dienstzeit, auf welche meine Freunde ein sehr großes Gewicht
legen, hoffen wir, daß es in der Kommission möglich sein wird,
eine Formulierung zu finden, welche die zweijährige Dienstzeit
gelinglich einführt. In Frankreich ist die allgemeine Wehr-
pflicht viel später eingeführt als bei uns, vollständig durchgeführt
erst 1889, und die französische Bevölkerung bleibt hinter der deut-
schen um rund 12 Millionen zurück. Die Franzosen haben schon
die äußersten Anstrengungen vollendet bezüglich dessen, was sie
überhaupt leisten können in Bezug auf die Heeresstärke. Wenn
sie aber in der Zeit und Zahl hinsichtlich der Grundlagen ihrer
Heeresverfassung so weit zurückgefallen, so ist es ein unnatürliches
Verhältnis, daß hinsichtlich der Präsenzstärke und der jährlichen
Rekrutenausbildung die Franzosen eine Zahl von 30 000 vor uns
voraus haben. Wenn also die verbündeten Regierungen eine
solche Verstärkung unseres Heeres wünschen, daß wir mindestens
den Franzosen gewachsen sind für einen späteren Krieg, so können
dieser Forderung ernste Gegenstände nicht entgegengelegt werden.
Die Neigung zu starken Bewilligungen für Heeresvermehrung wird
in Frankreich eine erheblich größere sein als bei uns. Einmal nach
dem ganzen Charakter der Franzosen, der auf die militärische Glorie
ein besonderes Gewicht legt, und dann wegen der Ereignisse von
1870/71, wo die Weltmachtstellung Frankreichs einen schweren Schlag
erlitt. Solche Gründe sind bei uns nicht vorhanden. Nach mili-
tärischem Ruhm gehen wir nicht, obwohl wir gewiß an kriegerischer
Tüchtigkeit weder den Franzosen noch einem anderen Volke unter-
geordnet sind. Unsere Grenzen sind abgeklüftet, wir begehen nicht
nach neuen. Auf der anderen Seite ist aber doch in der geographischen
Lage Deutschlands ein solcher Umfstand vorhanden von schwerem
Gewichte und großer Gefahr, daß in Deutschland jeherzeit das Ge-
fühl, die gesamten Volksträfte zur Verfügung zu haben, um das
vertheilenden und aufrecht zu erhalten, was wir 1870/71 gewonnen
haben, so mächtig sein muß, daß der Entschluß, alles zu bewilligen,
was notwendig ist, um das Gewonnene zu behaupten, in der deutschen
Nation immerhin vertreten werden muß. Viele Umstände sind ja
hinberücklich. Zunächst der schwere Uebergang von Industrie und
Handel, der jede Forderung von Steuern schwerer macht. Sodann
ist Mißstimmung und Unzufriedenheit vorhanden gegen manche
Handlungen und Maßregeln der Regierung. Es sind große und
kleine Fehler begangen worden, welche eine weitgehende Miß-
stimmung im deutschen Volk hervorzurufen geeignet waren. Die
Autorität der Regierung steht jetzt nicht so hoch und kann es
auch nicht, wie in den siebziger und achtziger Jahren, wo an der
Hand staunenswerther diplomatischer und militärischer Erfolge, an
der Hand des großen Gewinnes, der lange ertrümmten und ertrie-
bten, in diesem Menschenalter kaum noch für erreichbar gehaltenen
Wiederherstellung des deutschen Reiches der Abgang aller dieser
Dinge sich auf die Häupter der Männer, die daran theil hatten,
des Kaisers, des Kanzlers und des großen Schlachtenheerführers, ver-
breitete, welche den in der Geschichte nie zu zerstörenden Ruhm
an Großthaten und Wohlthaten in sich vereinigt haben. Aus
solchen Umständen erfolgte ein frischer Aufschwung des ganzen
Geschäftslebens, des ganzen Willens und Schaffens, welcher sich
geltend machte auf allen Gebieten des politischen und wirtschaft-
lichen Lebens, in Kunst, Technik und Wissenschaft. Solche Zeiten kehren
so rasch nicht wieder. Darum müssen sich Regierende wie Regierte
daran gewöhnen, daß wir in einfacheren und ruhigeren Zeiten leben
und daß ein derartiges Verhältnis zwischen Regierung und Bevölke-
rung, wie es damals vorhanden war, nicht ohne Weiteres herzustellen ist.
Eins spricht sehr dafür, daß man in diesem Augenblick gerade eine
so bedeutende Mehrforderung, eine so erhebliche Vermehrung der
Organisation vor uns bringt; es würde nicht geschehen, wenn wir
unmittelbar vor der Gefahr eines Krieges ständen, wenn für die
nächsten ein, zwei Jahre nur die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs
eines Krieges vorhanden wäre. Gewiß erfreuen wir uns zuver-
lässiger und wohlgerüsteter Bundesgenossen, aber das
Hauptgewicht in dem großen entscheidenden Kampfe, der über
Europa hereinzubrechen droht, werden wir zu tragen haben nicht
bloß wegen unserer geographischen Lage, sondern wegen der Macht
und Zahl unserer Rüstungen, und weil wir das Meiste zu ver-
theilenden haben, denn unsere nationale Existenz ist die jüngste, und
hat mehr Gefahr zu laufen als die eines anderen Volkes. Dieses
Gefühl der Verantwortlichkeit in so entscheidendem Augenblick ist
also vorhanden nicht bloß bei meinen Freunden, nein, bei allen
Mitgliedern dieses Hauses, bei allen Parteien, mit Ausnahme der
sozialdemokratischen, die ja die Grundlage unserer ganzen Heeres-
verfassung verwirft. Dabei glaube ich, daß eine Uebereinstimmung
gefunden wird zwischen dem Parlament und den verbündeten Re-
gierungen, wie wir sie schon gefunden haben in manchen anderen
Lagen. In dem Maße, wie sich die Mißstimmung hier und da ent-
wickelt hat, müssen die Vertreter und Führer der Nation derartigen
Störungen fest und ruhig entgegenzutreten. Es mag in Deutschland
manches nicht so sein, wie es sein soll, aber wie es vielfach be-
hauptet wird und gar vergleichungsweise mit andern Völkern, so
sind unsere Zustände doch nicht. Die Zustände in Deutschland, in
ihren Unterlagen und Erscheinungen sind noch mindestens ebenso

gesund, wie in irgend einem andern Lande. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Wir dürfen niemals vergessen gegenüber dem momentanen wirtschaftlichen Niedergang, daß wir in einer Zeit des gewaltigsten Umschwungs aller äußeren und inneren Dinge leben. Wir leben in einer Zeit, welche gewaltige Gegensätze neu hervorgerufen hat, Probleme ungeheurer Art, von denen die Menschheit früher nichts wußte, die zu lösen wohl versucht wurden, von denen aber die Lösung noch nicht gefunden worden ist. Da ist es die Aufgabe der an der Spitze der Nation Stehenden, den Kopf offen und frei zu halten und den Aufgaben des Tages offen ins Gesicht zu sehen. Der Reichstag wird sich gewachsen zeigen allen diesen Dingen und wird zu einer Verständigung kommen mit den verbündeten Regierungen, wenn auch nicht bezüglich der Bewilligung der ganzen Vorlage, so doch des Kerns und des wesentlichen Theils. Wenn die Regierung nicht entgegenkommt und nicht bloß das festhält, was absolut nothwendig ist, und wenn die Vorlage deswegen von der Mehrheit abgelehnt wird, so kann sich das die Regierung nicht gefallen lassen; denn das würde ein Schlag sein für ihre Autorität nicht bloß im Innern, sondern auch nach Außen, und die Regierung muß den Versuch machen, ein andres Votum herbeizuführen, und sie wird zur Auflösung gedrängt. Wenn die Regierung in früheren Fällen zur Auflösung schritt, so konnte sie sich immer auf eine große Minderheit stützen. Heute ist eine solche Minderheit für den ganzen Umfang der Vorlage nicht vorhanden. Dadurch wird eine Verwirrung in den Wahlkampf hineingetragen, wie sie in Deutschland noch nicht da gewesen ist, und der Erfolg würde nach aller menschlichen Berechnung der sein, daß in einem so gewählten Reichstage noch weniger Neigung vorhanden wäre, die Vorlage zu bewilligen, als in dem jetzigen. Wo ständen wir dann? Vor einem Konflikt. Einen solchen Konflikt kann wohl ein Einzelstaat vertragen, aber nicht ein neuer Bundesstaat, und zwar am wenigsten auf Grund einer Militärfrage. Eine glückliche Lösung dieser Frage, die uns jetzt beschäftigt, ist nicht bloß von Bedeutung für die Sicherheit des Vaterlandes, nein, auch für die politische Entwicklung, für die Stellung der Vertreter der Nation. Erfolgt eine Einigung, dann werden wir im Auslande den Eindruck hervorrufen, daß wir uns in solchen Fragen mit den Regierungen verständigen können, daß wir fest entschlossen sind, alle Kräfte anzupacken, um in dem großen Kampfe unsere Existenz zu verteidigen. Wir werden unsere Gegner zur Vorsicht und Zurückhaltung nöthigen, wir werden das Selbstgefühl der Nation erhöhen, wir werden den Frieden, wenn es möglich ist, durch eine solche gestiegene Rüstung sichern auf lange Zeit, und wenn das Unglück uns befallen sollte, daß wir noch einmal in einen Krieg ungerecht hineingezogen werden, so werden wir in der Lage sein, den Krieg zu führen mit gesteigerter Sicherheit und mit gutem Erfolge. (Beifall bei der Mehrheit.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Vorredner hat sich über das Verhältnis der Regierung zur öffentlichen Meinung dahin ausgesprochen, daß eine starke Mißstimmung Platz gegriffen hat. Wie ist es möglich, daß die Verstimmlung so weit geht, so organisiert ist, von Tag zu Tag wächst? Man hat da doch die schweren Pflichten der Regierung, die ihr personelle und sachliche Rücksichten auferlegen, unterschätzt. Ich hoffe, die Worte des Vorredners werden dazu beitragen, diese Verstimmlung zu beseitigen. Ich danke den beiden Vorrednern, daß sie die Verhandlungen aus einer Menge von Einzelheiten wieder herausgehoben und auf einen großen und nationalen Zusammenhang zurückgeführt haben. Der Grundgedanke ist doch der, daß Deutschland in absehbarer Zukunft in eine Lage kommt, die es nöthigt, zur Erhaltung seiner Stellung seine ganze Kraft einzusetzen, und die zweite Frage ist die: Ist es möglich, die dazu erforderlichen personellen und finanziellen Lasten aufzubringen? Ich glaube, man hält sich diese Fragen nicht immer vor Augen, beschäftigt sich mehr mit Detailfragen und läßt die allgemeinen Gesichtspunkte zurücktreten. Der Ort für die Behandlung dieser Detailfragen ist die Kommission. Aber ich möchte in der Nation schon jetzt der Ueberzeugung Raum schaffen, daß die geplante Heeresorganisation gut und zweckmäßig ist. Beide Vorredner haben die Frage erörtert: Wie kommt es, daß vielfach von älteren Offizieren abfällige Urtheile über die geplante Organisation abgegeben worden sind? Ich nehme das nicht schwer, weil ich weiß, daß jeder hochgeachtete Offizier die Möglichkeit hat, seine Anschauung direkt an die gehörige Stelle zu bringen und daß er die Pflicht hat, das zu thun, wenn er über grundlegende Fragen abweichender Meinung ist. Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß, wenn wirklich ein Theil unserer hochgestellten Offiziere anderer Ansicht sein sollte, sie diese an eine andere Stelle richten als an die Person des Monarchen. Heute ist die Frage, welche Kompensationen werden nöthig sein, um die zweijährige Dienstzeit acceptiren zu können? Schon 1887 ist die Frage erörtert worden, ob die zwei- oder dreijährige Dienstzeit einzuführen sei. Es ist durch die Presse das Urtheil gegangen, damals wäre nur ein General für die zweijährige Dienstzeit eingetreten. Das Wesentliche macht die Fragestellung. Damals war sie derartig, daß auch ich gesagt hätte: nein, das geht nicht. Es liegen zur Zeit 31 Gutachten vor. Daraus, daß diese nicht alle übereinstimmen, werden Sie ersehen, daß der Vorwurf, daß in militärischen Dingen nur das berichtet wird, was oben gerne gehört wird, nicht zutrifft. Die 31 Gutachten stimmen darin überein, daß der gegenwärtige Zustand der Ausbildung ein unbefriedigender, ungleichmäßiger, für die Kräfte des Ausbildungspersonals erschöpfender ist. Behn dieser Gutachten suchen Abhilfe in der vollen Durchführung der zährigen Dienstzeit bei gleichzeitiger Verstärkung der Armees. Dann kommen 21 Stellen, welche die Möglichkeit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit unter bestimmten Voraussetzungen zugehen: Erhöhung der Etatsstellen, Entlastung der Kommandos u. s. w. Also die Behauptung, daß die vorgelegten Instanzen, die gehört worden sind, sich sämtlich abfällig geäußert haben, ist unrichtig. Nun ist der Einwand gemacht worden, uns mangle es an Offizieren und Unteroffizieren, um die geplante Vermehrung durchzuführen. Daß wir zur Zeit die nöthigen Offiziere und Unteroffiziere nicht besitzen, ist zweifellos. Ebenso zweifellos ist aber, daß wir in kurzer Zeit im Besitz derselben sein werden. Wie war es denn 1861? Damals kompensirte sich allmählich der Mangel an Offizieren und Unteroffizieren und aus dem augenblicklichen Mangel an Personal erwuchs der Durchführung jener Maßregel keine Schwierigkeit. Wir haben eine so große Zahl von Abwärtigen, daß sich mit Sicherheit feststellen läßt, daß sich der Beruf des Offiziers eines Zulaufs erfreut, der jede Sorge für die Zukunft ausschließt. Was die Unteroffiziere betrifft, so ist keine Armee so wie die deutsche in der Lage, Unteroffiziere zu stellen, nur muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, daß nach Verbrauch ihrer Kräfte sie auch entsprechend entlastet werden. Also in Bezug auf die Unteroffiziere können wir uns beruhigen. Die Manquements an Sekondeleuten können zu zwei Dritteln durch Beförderung ausgeglichen werden. Diese können bis zu einem gewissen Grade den Offizier ersetzen, und den Abgeordneten Richter kann ich mit der Versicherung beruhigen, daß auch Zugführer aus dem Unteroffiziersstande hervorgehen. Falls sich unsere Erwartung, daß wir genügend Offiziere allmählich bekommen werden, nicht erfüllen sollte, so würde daran nun und nimmermehr die Vermehrung unserer Wehrkraft scheitern, wir würden dann nach anderen Mitteln suchen. Wir würden in den Unteroffizieren ein Mittel finden, den Offizier zu ersetzen, ein Mittel, zu dem wir auch ohne ihn greifen müssen, auch wenn das Offizierkorps vermehrt wird, weil ein Theil unserer Subalternoffiziere überlastet ist. Wenn im Frieden solche älteren Unteroffiziere den Dienst unserer Offiziere

versehen können, so fragt sich, ob sie im Stande sein werden, auch im Kriege einen Offizier zu ersetzen. Dessen aber bedarf es nicht. Wir verfügen über ein Offizierkorps des Beurlaubtenstandes, wie es in der Welt kein zweites giebt, und dieses Offizierkorps trägt Eigenschaften in sich, die gerade für den Krieg sehr werthvoll sind. Sicher würde der Offizier des Beurlaubtenstandes ungleich mehr leisten, wenn es möglich wäre, daß er den Grad der technischen Ausbildung erlangt, wie der Berufs-Offizier. Aber was der Krieg vom Offizier in erster Linie fordert, die Vaterlandsliebe und das Ehrgefühl, haben unsere Offiziere des Beurlaubtenstandes in einem Grade, der jeden Einwurf schweigen macht. Ein anderer Einwurf geht dahin, warum will man die jetzige Reform auf einmal durchführen, warum nicht nach und nach. Man hat sich dabei auf den früheren Kriegsminister berufen. Dessen Pläne gingen viel weiter als die jetzigen und waren deshalb überhaupt nicht auf einmal durchzuführen. Der jetzige Plan kann in einer Reihe von 2-3 Jahren, wenn man vielleicht das letzte noch auf 4-5 Jahre hinauschiebt, vollkommen erfüllt werden. Am meisten Bedenken hat hervorgehoben das, was für die Infanterie gefordert wird. Was die Ersterhöhungen hier betrifft, so sind sie eine Voraussetzung der Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Das wesentliche ist, wie schwierig eine Mobilmachung für Infanterie ist. Das ist ein Moment, das dem Laien sehr wenig verständlich ist. Drei Dinge machen das Wesen der Truppe aus: die Zahl, die Ausbildung und der Geist. Nun soll sich eine kriegsfähige Kompanie von 270 Mann aus einem Unteroffizier und 19 Mann bilden. Diese 20 Mann gehören zur Friedenskompanie, der Rest von 250 Mann muß hinzukommen. Da wir nothwendigweise schnell mobil machen müssen, so werden wir vor die Nothwendigkeit gesetzt, die Truppentheile in ihrer überwiegenden Mehrzahl so zu ergänzen, daß die Kompensationsmannschaften an dem nächsten Orte genommen werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Mann zu der Truppe gehört. Es ist aber gefordert, daß die Friedensstruppentheile nur durch Leute ergänzt werden, die dem Truppentheile angehört haben. Die gegenwärtige Zusammensetzung der Kriegskompanien wird noch empfindlicher durch die Möglichkeit, daß die Offiziere eines Truppentheils zu einem anderen im Mobilmachungsfalle versetzt werden können. Der Geist eines Truppentheils ist ein Faktor, den ich sehr hoch schätze. Diesen Geist zu erwecken und zu erhalten, ist schon im Frieden außerordentlich schwierig. Das wesentliche Mittel dazu ist das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Die vierten Bataillone sind zunächst ihrem Namen nach angegriffen worden. Es ist vollkommen richtig, daß dieser Vorstoß kein Bataillon ist, aber das vierte Bataillon ist eine notwendige Kompensation für die zweijährige Dienstzeit. Unsere vierten Bataillone stehen im Rahmen des Regiments, und der Regimentskommandeur trägt die Verantwortung für das vierte Bataillon, wie für die übrigen Bataillone. Ich sehe also nicht den mindesten Grund, weshalb sich die vierten Bataillone nicht bewähren sollten. Die Infanterie hat den schwersten Dienst, deshalb muß sie erleichtert werden. Um sie beweglicher zu machen und ihr das Geranommen an den Feind zu erleichtern, brauchen wir eine Vermehrung der Artillerie. Hier ist die technische Leistungsfähigkeit von größerem Werth als bei anderen Waffen. Was die Kavallerie betrifft, so hat ein nicht ausgebildetes Pferd für den Krieg nicht viel Werth. Die Kavallerie dient zum Ordonnanz- und Sicherheitsdienst. Dann aber muß auch der Gaul dahin kommen, wo er hinkommen soll. Das Wort „Ferienkolonnen“ von den Kasernen ist doch nur eine rhetorische Hyperbel. Daß im Allgemeinen der militärische Dienst den jungen Männern nützlich sein kann, habe ich nicht allein von hervorragenden Industriellen gehört, sondern auch auf anderem Wege. In den jungen Sozialdemokraten steht in der Mehrzahl ein kleiner Militärmann. (Heiterkeit.) Sie dienen lieber, als sie selber denken. Meine Erfahrungen sind so. Auch von dem Truppentheile, bei dem ich gestanden habe, ließ es, er müsse gänzlich sozialdemokratisch sein. Und wenn mir in den sieben Jahren nur das Geringste vor Augen gekommen wäre! Ich habe daraus geschlossen, die jungen Leute dienen gern, und weiter habe ich daraus geschlossen, sie haben das instinttive Gefühl, daß ihnen nach der Arbeit in der staubigen Werkstatt die Dienstzeit wie eine Erholung erscheint. Ich möchte glauben, daß auch nach dieser Seite die stärkere Heranziehung der größeren Städte nicht zu unterschätzen sein dürfte. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Bebel (Soz.): Die Disziplin, die der Reichskanzler meinen Parteigenossen als Soldaten nachrühmt, verbannt ihren Ursprung eben der Parteidisziplin. Herr v. Bennigsen hat so viel Gutes und Schönes in der Vorlage gefunden, daß ich mich eigentlich darüber wundere, daß er schließlich der Vorlage nicht in vollem Umfang zustimmt. Dem ersten Theil der Hueneschen Rede maß ich die Bedeutung bei, daß das Zentrum nur das Mehr an Rekruten bewilligen würde, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit erforderlich ist. Aber der zweite Theil hob den ersten auf. Herr v. Bennigsen hat in seiner Schönmalerei der deutschen Zustände vergessen: das Sozialistengesetz, den Kulturkampf, den großen Krach und die Schulzollpolitik. Deutschland hat gar keinen Grund, auf seine Zustände stolz zu sein. Wir haben es immer bedauert, daß wir durch den Krieg von 1870/71 in eine tödtliche Fehlschiff mit Frankreich gerathen sind, die heutige internationale Lage beeinflusst. Es wäre besser gewesen, wenn wir Elsaß-Lothringen nicht annectirt hätten. Dagegen ist es falsch, zu behaupten, daß wir eine platte Rückgabe dieser Länder verlangen, wir fordern nur eine Verständigung aller europäischen Staaten über diese Fragen. Wir leiden auch unter der Fehlschiff mit Rußland. Bismarck hat sich ja Mühe gegeben, ein besseres Verhältnis mit Rußland herbeizuführen, er hat darum das Dreikaiserbündniß geschaffen, das von vornherein eine Fehlschiff war. Als alles schließlich, da mußte man zu den großen Rüstungen greifen. Daß Frankreich den Krieg will, ist nicht richtig. Erst neulich hat Präsident Carnot eine Friedensrede gehalten. Die Franzosen glauben vielmehr, daß Deutschland jeden Augenblick über Frankreich herfallen wolle, und darum rüstet man dort mit solcher Macht. Auch in Rußland rüstet man, indem man auf den Zusammenbruch des westlichen Europas wartet, um sich später unsere östlichen Provinzen anzueignen. So werden auch wir zu Rüstungen gedrängt, und es ist nicht zu verwundern, wenn die Regierung die allgemeine Wehrpflicht einführen will. Vollständig geschieht das aber durch die Vorlage nicht, denn auch danach bleibt noch die Hälfte aller Wehrpflichtigen hinterher. Deshalb können wir diese Vorlage nur als erste Etappe ansehen, von der aus man später noch zu weiteren Forderungen kommen wird. Die Vorlage führt auch keine Gleichheit in der Dienstpflicht durch, denn es besteht auch dann noch eine dreijährige, zweijährige und einjährige Dienstzeit; die Privilegien der Wohlhabenden bleiben aufrecht erhalten. Wir werden daher die Vorlage ablehnen, (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Preysing (Ztr.): Auf dem Boden dieser Vorlage eine Verständigung zu finden, ist schwer. Meine politischen Freunde und ich sind allerdings bereit, in die Kommissionsberatung einzutreten und die Motive zu hören und sachlich zu prüfen, aber ich bezweifle ernstlich, ob eine Verständigung möglich sei auf der Basis dieser Vorlage. Die Windthorstischen Resolutionen müssen uns ein Wegweiser sein. Wenn wir die Zeichen der Mißstimmung und Unzufriedenheit im Volke sehen, dann müssen wir uns sagen, es kann nicht so weiter gehen, es ist der Fluch der neuen Belastung, daß sie fortzuehend neue Forderungen gebären muß. (Hört! hört! links.)

Im Baderlande machte sich von Anfang an ein Mißtrauen gegen die Vorlage geltend, und dieses Mißtrauen ist keine tendenziöse, sondern eine vaterländische Verstimmlung. Man hat das deutsche Volk das Volk der Denker genannt, jetzt denkt das Volk und sieht mit wachsender Sorge in die Zukunft. (Beifall links und im Zentrum.)

Die Abstimmung über einen inzwischen eingelaufenen Schlußantrag bleibt zweifelhaft. Die in Folge dessen stattfindende Abstimmung ergiebt 133 Stimmen für und 108 Stimmen gegen den Antrag, der danach angenommen ist.

Mittwoch 12 Uhr wird die Berathung fortgesetzt (außerdem Antrag Liebermann v. Sonnenberg wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen Alwardt, Gesetz über die Ersatzvertheilung.) Schluß gegen 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 13. Dez. Wenn die Blättermeldung richtig ist, wonach der Berliner Magistrat angewiesen wurde, die Reichstags-Wählerlisten bis zum 20. Januar fertig zu stellen, so würde jedenfalls sehr viel Unkenntniß dazu gehören, um aus diesem rein bürokratischen Akt auf die bestimmte Absicht einer Reichstagsauflösung zu schließen. Erst etwa in derselben Woche, in die der 20. Januar fällt, wird die Militärkommission des Reichstags ihre Arbeiten beginnen. Wie könnte also bis zu jenem Termin eine Entscheidung über die Militärvorlage gefallen sein! Frühestens Ende Februar wird man wissen, ziffernmäßig wissen, was aus der Heeresreform geworden ist, und selbst wenn die Vorlage dann gefallen, vielmehr ein Kompromiß auf halbem Wege mißlungen sein sollte, dann brauchte auch noch nicht die Auflösung das letzte Wort der Situation zu sein. Einstweilen steht der Reichstag und mehr noch die Bevölkerung unter dem Eindruck des Austauschs von Lebenswürdigkeiten, mit denen sich der Reichskanzler und die Mehrheit der Parteien gegenseitig bedenken. Eine Lebenswürdigkeit ist schließlich ja auch die Huenesche Rede vom Sonnabend gewesen, die von Wünschen nach „Verständigung“ förmlich überfloss. Heute werde die Kompromißsaite noch beträchtlich kräftiger angeschlagen, und wenn hinter den beiden ersten Rednern aus dem Hause, den Herren v. Stumm und v. Bennigsen numerisch ausschlaggebende Parteien ständen, so hätte Graf Caprivi seinen Erfolg schon in der Tasche. Am weitesten ist der freikonservative Redner entgegengekommen. Herr v. Stumm hat die richtige Hurrastimmung, in der auch das Schwärzeste von rosigem Lichte umflossen erscheint. Es ist erstaunlich, daß ein Mann, der mitten im praktischen Leben steht, und der sich wirtschaftspolitischen Einsicht rühmt, die Erhöhung der Rekrutenziffer damit begründen kann, daß gerade die schlechte Wirthschaftslage die Einstellung von 60 000 Mann mehr bestens rechtfertige. Diese 60 000 Mann würden so dem Kampfe um die Existenz entzogen, die Industrie bekomme mehr Arbeit, und die Löhne müßten steigen. Der Reichstag hörte sich diese sozialpolitische Weisheit mit der stummen Ehrfurcht an, die ihr gebührt. Daß ein Politiker wie Herr v. Bennigsen eine Sprache wie Herr v. Stumm nicht führen konnte, ist ja wohl selbstverständlich. Die Bennigsen'sche Rede hat offenbar einen starken Eindruck gemacht, und nicht das letzte Verdienst des nationalliberalen Führers ist es, daß er die Auflösungsfrage entschlossen angepackt und die Folgen einer Auflösung nach beiden Richtungen hin geschildert hat. Es kommt hierbei nicht sowohl darauf an, ob Herr v. Bennigsen mit seinem Plaidoyer für die Verständigung in allen Stücken recht hat, sondern es kommt zumeist darauf an (und hierin gerade erblicken wir das Verdienst des Redners), daß die verheerete Kulissenpolitik aufhört, die jetzt von vielen Seiten her betrieben wird. Laut und deutlich muß vor dem Lande gesagt werden, um was es sich handelt, und wenn jede Partei das nach den inneren Bedürfnissen ihres Wesens frank und frei thut, so mag das zunächst manche Mißtöne geben, aber man würde doch wenigstens erfahren, wo Jeder Einzelne und jede Partei steht. Heute weiß man das immer nur noch unvollkommen. Der Reichskanzler unterließ es, auf die Auflösungsfrage näher einzugehen; er stürzte sich sofort in die sachmännischen Einzelfragen, und wenn er auch durchweg für die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt sprach, so that er es doch nirgends mit solcher Schärfe, daß man daraus schließen müßte, ein Nachlassen von der jetzigen Höhe der Forderungen werde nicht beliebt werden. Den Schluß der Debatte machte nach einer Bebel'schen Rede, die übrigens gar nicht so aufgeregt und gegensätzlich war, wie man es hätte erwarten können, der Zentrumsgesandte Graf v. Preysing. Der Redner sollte und wollte den anderen Vol zur Hueneschen Kompromißneigung darstellen. Es ist der bayerische Zentrumslügler, der durch ihn seine Gegnerschaft ausdrücken läßt. Von der Einigkeit des Zentrums, auf die Herr v. Huenes am Sonnabend hinweisen zu können gemeint hatte, ist nach dieser Preysing'schen Rede schon nichts mehr zu verspüren.

Berlin, 13. Dez. Der Verteidiger Alwardts setzt seine Romodie fort; er hat die Verteidigung wieder übernommen und in dieser wiedererworbenen Eigenschaft die Revisionschrift gegen das Urtheil verfaßt und abgeliefert. Formal giebt es allerdings keine Handhabe, ihn an diesem Akte, der sich doch als ein Anfang und als ein Hohn auf die Justiz charakterisirt, zu hindern. Inbezug dürfte gerade diese Handlung dem Ehrenrathe genügenden Anlaß bieten, die Frage ernsthaft zu erörtern, ob Herr Hertwig noch die für einen Anwalt des Rechts unerlässliche Achtung verdient. In den Anwaltskreisen ist das Urtheil allgemein, daß Herr Hertwig zum Fenster hinaus zu den Antisemiten gesprochen habe, und daß es ihm nur um Vorbeeren in der Antisemitenpartei zu thun gewesen sei. Er soll denn auch bei der nächsten Gelegenheit als antisemitischer Reichstagskandidat aufgestellt werden.

Kaufbeuren, 13. Dez. [Amtliches Wahlergebnis.] Bei der am 9. d. M. stattgehabten Reichstags-Erzählwahl im Wahlkreise Kaufbeuren-Windelheim (5. Schwaben) wurden insgesamt 15 646 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Bitt (Ztr.) 8886 Stimmen, auf Stigl (libd) 3105 Stimmen, auf Wagner (lib.) 2515 Stimmen und auf Bitt (Soz.) 826 Stimmen. Die

übrigen Stimmen zersplitterten sich. Der Erstgenannte ist somit gewählt.

Posales.

Posen, 14. Dezember.

p. Handelskammertwahl. Im Kempf'schen Saale fand gestern Abend eine Wählerversammlung zur Vorbereitung der morgigen stattfindenden Wahlen zur Handelskammer statt. Herr Kantorowicz eröffnete bald nach 8 Uhr die nur schwach besuchte Versammlung, indem er kurz auf den Zweck derselben hinwies. Diesmal handelte es sich bekanntlich um vier Ergänzungswahl und eine Ersatzwahl für den verstorbenen Herrn J. H. Friedländer, M. Goldschmidt, S. Hefner, Stadtrath Herz und W. J. Jankowski, die sich in jeder Weise bewährt hätten, sämtlich wiederzuwählen und für die Ersatzwahl den Herrn Carl Brandt (in Firma Eduard Weinhausen) aufzustellen. In der sich anschließenden kurzen Debatte, an der sich namentlich die Herren Jankowski, Mottet, Kaas, Röder, Kronthal und Direktor Stern beteiligten, sprachen sich die meisten Redner für den Vorschlag des Vorsitzenden aus, der denn auch bei der Abstimmung mit großer Majorität angenommen wurde. Eine Anregung des Herrn Direktors Stern, öfter derartige Versammlungen, in denen die Wünsche der Kaufmannschaft zum Ausdruck gebracht werden könnten, zu veranstalten, ruft noch eine kleine Debatte hervor, in der allgemein das mangelnde Interesse, das in weiten Kreisen für die Verhandlungen der Handelskammer herrsche, bedauert wird. So hätten die hiesigen Brauereien trotz der ihnen durch die neuen Steuervorlagen der Regierung drohenden Gefahren es bis jetzt nicht für nöthig gehalten, die Handelskammer zur Vertretung ihrer Interessen anzugehen.

*** Dritter Volksunterhaltungs-Abend.** Am Sonntag Abend fand im christlichen Vereinshause vor dem Berliner Thor der dritte recht zahlreich besuchte Vereinsabend statt. Herr Mittel-schul-lehrer Günther hielt einen ebenso zeitgemäßen, wie interessanten Vortrag über das Spielzeug unserer Kinder, der mit vielem Beifall aufgenommen wurde. Die beiden großen Posener Spielwaaren-Geschäfte von Joseph und Anton Wunsch in der Wilhelmstraße hatten dem Redner zur Belebung seiner Darlegungen mehrere Tische voll ausgesuchter, guter Spielwaaren zur Verfügung gestellt. Herr Günther wird diesen Vortrag im Laufe der Woche noch einmal halten.

Aus der Provinz Posen.

□ Bodiansche, 13. Dez. [Die Verhaftung des Mörders des Oberwachmeisters Marschner.] Endlich ist durch die Aussage eines Maurers aus Donaborow der Mörder des Oberwachmeisters Marschner in der Person des Bauern Thomas Gruska ermittelt worden, welcher, wie bereits telegraphisch gemeldet, sofort verhaftet wurde. Der Maurer, welcher Nachbar des Gruska ist, hatte das laute Gespräch, welches zwischen dem Wildbied und dem Oberwachmeister stattfand, gehört. Er versteckte sich hinter einen Baum und sah wie der Wildbied auf den Oberwachmeister schloß. Der Oberwachmeister fiel vom Pferde, worauf der Wildbied das Pferd nach der Mühle zu jagte, er kehrte noch einmal um und besah die auf der Erde liegende Leiche, worauf er eiligen Schritts sich nach Hause begab. Der Maurer will ihn bei dem hellen Mondschein genau erkannt haben. Gruska blieb, als er in den Hof kam, athemlos daselbst stehen, sah sich noch einmal auf der Straße, welche noch leer war, um und begab sich dann in seine Wohnung. Während Gruska mit dem Oberwachmeister im Streite war, war seine Mutter auf den Hof getreten. Sie fand, als sie den Schuß hörte, ohnmächtig zusammen. Gruska trug bei seiner gestern Abends erfolgten Vorführung vor den Distrikts-Kommissarius ein hartnäckiges und verstocktes Wesen zur Schau. Er muß auf die Verhaftung schon gefaßt gewesen sein, da er sich mit Gebetbuch, Rosenkranz und Kreuz versehen hatte. Ein schwer belastendes Moment gegen ihn ist, daß sich weder sein Vater noch seine Mutter und Frau, trotzdem sie von seiner Verhaftung Kenntniß hatten, von ihm verabschiedeten. Der Vater ist ein angesehenes Bauer und Bechenmeister der Kirche, er ist durch die Verhaftung des Sohnes ganz niedergedrückt. Die Volksmenge, welche sich trotz der späten Abendstunde in der Schänke eingefunden hatte, war sehr erregt. Der Mörder wurde durch den Distrikts-Kommissar Sutarski und den Distriktsboten Thomas von hier, sowie durch den Gendarmen Müller aus Kempen in der Nacht nach Kempen gebracht. Auch dort sammelte sich trotz der Nachtstunde eine große Menschenmenge um die beiden Wagen und begleitete dieselben bis ans Gefängniß. Thomas Gruska ist ein stattlicher Mann von hochgewachsener Statur und angenehmem Gesichtsausdruck, er ist jetzt 28 Jahr alt, verheirathet und hat 2 kleine Kinder. Er ist einer der reichsten Bauern von Donaborow und hat sich bis dahin tadellos geführt. Erst in letzter Zeit hat er sich der Wildbiedererei ergeben.

Telegraphische Nachrichten.

Aachen, 13. Dez. Wegen Ausbreitung der Maul- und Klauen-seuche in Holland ist die Einfuhr von Rindvieh aus Holland von heute ab verboten worden.

Wien, 13. Dez. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-hauses beantragte Dr. Steinwender die Dringlichkeit für die Wahl eines aus 24 Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Prüfung der Entscheidungen des Ministeriums des Innern, durch welche den Magistraten von Klagenfurt und Lill die Annahme slovenischer Eingaben und deren Erledigung in slovenischer Sprache aufgetragen wird. Der Ausschuss soll ferner die bisher erlassenen Sprachenverordnungen überhaupt prüfen und dem Hause darüber Bericht erstatten.

Bei der fortgesetzten Berathung des Budgets beantragte Abg. Ruz nachfolgende Resolution: Das Abgeordnetenhaus erkennt den Grund der Auflösung der Stadtvertretung in Reichenberg nicht als ausreichend an, fordert die Regierung auf, bei der Ausübung des Staatsaufsichtsrechtes sich jedes nicht unerlässlichen Eingriffes in die Gemeindeautonomie zu enthalten und spricht die Rechtsüberzeugung aus, daß im Falle der Auflösung der Gemeindevertretung die bestellten Staatsorgane nur die dringenden laufenden Geschäfte zu besorgen haben. — Steinwender überreichte eine Resolution, in welcher er die Regierung auffordert, die Sprachenverordnungen für Reichenberg, Klagenfurt und Lill dem Hause vorzulegen. Die Resolutionen wurden dem Budgetausschuss überwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag. Auf der Tagesordnung steht: Budgetprovisum.

Wien, 13. Dez. (Abgeordnetenhaus.) Bei der General-debatte über das Budget erklärte der Ministerpräsident Dr. Bekerle, auch er trete gegen eine unnöthige Erhöhung der Seeres Ausgaben auf, könne sich jedoch gegen eine nothwendige Steigerung derselben nicht verschließen; die übrigen europäischen Staaten machten ganz bedeutende Anstrengungen, während Ungarn in dem Rahmen des Nothwendigen geblieben sei. Der Stand der Staatsschulden Ungarns sei ein günstiger, kein europäischer Staat hätte in den letzten 5 Jahren die Staatsschulden verringert, nur Ungarn habe dies gethan und zwar um 3 750 000 Fl.

Paris, 13. Dez. [Deputirtenkammer.] Trouillot richtete an die Regierung eine Anfrage wegen der Demission Koubiers. Der Ministerpräsident Ribot erklärte, Koubier habe die Freiheit haben wollen auf die verurtheilten Auslassungen einiger Blätter antworten zu können. Seine Demission sei jedoch noch nicht angenommen. Ribot wies darauf auf die Verdienste hin, welche sich Koubier um die Republik erworben habe. Hierauf ergriß Koubier das Wort. Er habe allerdings zu Reinech Beziehungen unterhalten, wie jeder Finanzminister mit Finanzmännern in Verbindung stehe. Reinech habe ihn ersucht, Schritte zu thun, um durch Vermittelung von Persönlichkeiten, welche dazu im Stande wären, die Einstellung der gegen ihn (Reinech) gerichteten Angriffe der Presse zu bewirken. Er sei dieser Bitte nachgekommen, wie jeder andere gethan hätte. Koubier fügte hinzu, er habe nicht gewußt, daß Reinech sich unter den Personen befände, gegen welche wegen der Panama-Angelegenheit ein gerichtliches Verfahren eingeleitet sei. (Bewegung und Murren.) Er habe aus Humanität so gehandelt und habe sich nichts vorzuwerfen. (Beifall.) Eine gewisse Presse arbeite daran, alle republikanischen Politiker, die eine höhere Staatsstellung bekleiden, in Verrath zu bringen. Koubier schloß, er nehme seinen Deputirtenplatz mit erhobenem Haupt und ruhigem Gewissen wieder ein und werde auf alle Angriffe antworten. Déroulede erwiderte, Koubier habe wissen müssen, daß Reinech angeklagt war. Redner erinnerte an den Prozeß des Ministers Feste vom Jahre 1847 und meinte, Koubier sei verdächtiger als jener gewesen sei. Der Staatsgerichtshof müsse berufen und Koubier vor denselben citirt werden. (Beifall rechts.) — Koubier entgegnete, er sei bereit sich in dieser Weise zu verantworten. Er habe seiner Zeit erst Abends 8 Uhr von der Anklage gegen Reinech durch dessen Schwiegersohn, den Deputirten Reinech, erfahren, nachdem letzterer von dem tragischen Entschluß des Barons Reinech Kenntniß erhalten hatte. (Beifall.) Damit war der Zwischenfall erledigt, und die Sitzung wurde aufgehoben.

Paris, 13. Dez. Die Zolltarif-Kommission beschloß mit 15 gegen 14 Stimmen, der Deputirtenkammer vorzuschlagen, zur Berathung der einzelnen Artikel des französisch-schweizerischen Abkommens überzugehen. Meline wurde zum Berichterstatter ernannt.

Paris, 13. Dez. Gutem Vernehmen nach hat der Finanzminister Koubier seine Demission angeboten, um von der Rednertribüne herab gegenüber den Mittheilungen gewisser Blätter Erklärungen abgeben zu können. Wie verlautet, wird Koubier bereits in der heutigen Sitzung der Kammer dazu Gelegenheit gegeben werden.

Paris, 13. Dez. Die Morgenblätter beschäftigten sich mit den Mittheilungen mehrerer Journale, daß Koubier zu Reinech und Cornelius Herz in nahen Beziehungen gestanden habe. Sie betrachteten es als ausgemacht, daß der in der Panama-Affaire stark compromittirte letztgenannte Finanzmann von verschiedenen Ministern sowie von einflussreichen Parlamentariern protegirt worden sei. Die Angelegenheit beschäftigt das Publikum und die politischen Kreise auf's Lebhafteste. Die oppositionellen Organe meinen, daß die Stellung des Kabinetts als schwer erschüttert betrachtet werden müsse.

Paris, 13. Dez. Die „Justice“ veröffentlicht ein Schreiben Clemenceau's, in welchem dieser mittheilt, er habe sich bereit erklärt, Koubier und Reinech als Zeuge zu Cornelius Herz und dann zu Constans zu begleiten, auf deren Einfluß Reinech rechnete, um die Angriffe der Presse gegen ihn zu beseitigen. Herz habe erwidert, es sei ihm unmöglich, den verlangten Dienst zu leisten. Constans sei erkrankt gewesen und habe energisch erklärt, daß er keinerlei Einfluß auf die Persönlichkeiten habe, welche jene Angriffe in der Presse veranlaßt hätten. Reinech habe, als er Clemenceau verlassen, geäußert, ich bin verloren. Der „Gaulois“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Die letzten Stunden des Baron Reinech“ einen langen Artikel, welcher die Erklärungen Clemenceau's über die Vermuthungen Reinech's sich aus der Affaire zu ziehen, bestätigt. Reinech sei voller Verzweiflung in seine Wohnung zurückgekehrt und habe das Giftgeschloß geleert.

Paris, 13. Dez. Nach einer Meldung aus Buenos-Ayres hat Vermejo auf Ersuchen des Präsidenten der Republik Argentinien eingewilligt, das Portefeuille des Innern zu übernehmen.

Paris, 13. Dez. Nach einer Meldung des „Temps“ ist Lieutenant Segonzac, der Begleiter des im vorigen Jahre auf einer Reise in Afrika verunglückten Lieutenants Duquesne vom Kriegsministerium in Nichtaktivität versetzt worden.

Paris, 13. Dez. Die Mittheilung des „Figaro“ über angeblich in Aix les Bains zwischen Freycinet und Cornelius Herz stattgehabte Zusammenkünfte wird in einer von der Agentur Havas veröffentlichten Note für unbegründet erklärt.

Madrid, 12. Dez. Der Schiffskapitän Cervera hat das Portefeuille des Marineministeriums angenommen. Der Posten des Maires von Madrid soll dem Marquis Cubas angeboten werden. Das Kabinet beschloß ferner, die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich wieder lebhaft aufzunehmen.

Amsterdam, 13. Dez. Nach dem Wochenberichte des Ministers des Innern sind in Holland in der letzten Woche zwei Personen an der Cholera gestorben.

Karlowitz, 13. Dez. Der serbische Kirchenkongreß ist gestern geschlossen worden.

Bukarest, 13. Dez. In der gestrigen Senatsitzung richtete Demeter Stourdza (liberal) bei der Debatte über den Adressentwurf mehrfache Angriffe gegen die Konserverativen. Der Minister des Auswärtigen, Sahovary, stellte verschiedene von Stourdza gemachte Angaben richtig. Der Minister für Domanen, Carp, wies darauf hin, daß die Konserverativen dauernde Reformen, namentlich die ausgedehnte Pressefreiheit, geschaffen hätten. Die Liberalen dagegen hätten niemals auf die Bildung einer gesunden, kräftigen Demokratie hingearbeitet; sie hätten ihre Thätigkeit wohl auf dem politischen, nie aber auf dem sozialen Gebiete dargelegt, ihr neues Programm bestünde aus unerfüllbaren Versprechungen. Carp erklärte, er habe Joan Bratianu begriffen und seine großen Ideen wie sein warmes Herz gekannt; allein die gegenwärtigen Liberalen mit ihren beschränkten Ideen und ihrer unedlen Gesinnung könnten Bratianu nicht begreifen.

Washington, 12. Dez. Im Senat brachte Stewart ein Amendement ein zu dem Sherman'schen Gesetzentwurf, welches darauf abzielt, die freie Ausprägung von Silber, so-

wie die Emission von Schatzbons zu gestatten, welche auf Silberdepots basirt sein sollen.

Petersburg, 14. Dez. Das Kriminal-Kassations-Departement des Senats traf in einer Klagesache des bekannten Professors Jäger aus Stuttgart gegen einen hiesigen Arzt die prinzipiell wichtige Entscheidung, daß außerhalb Rußlands wohnende Ausländer den gleichen Rechtsschutz genießen sollen, wie russische Unterthanen. Der Petersburger Gerichtshof hatte nämlich die Klage Jägers zurückgewiesen, weil dieser im Auslande wohne.

Paris, 14. Dez. An Stelle Koubiers ist Tirard zum Finanzminister ernannt worden.

Baltimore, 14. Dez. Das Baumwolldepot von Alexander Brown ist gänzlich niedergebrannt. 17 000 Ballen Baumwolle sind zerstört. Der Schaden wird auf 750 000 Dollars geschätzt.

Handel und Verkehr.

**** Warschau, 13. Dez.** Die Einnahmen der Warschau-Wiener Eisenbahn betrugen im Monat November 1892 110 300 Rubel weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

**** London, 13. Dez.** Die Firma Lipman u. Co. in Dundee hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva werden auf 1/4 Million Pfund Sterling geschätzt.

**** London, 12. Dez.** [Wollauktion.] Wollpreise unverändert.

Marktberichte.

Breslau, 13. Dez. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo —. Gefündigt — Str., abgelassene Ründungscheine —, p. Dez. 132,00 Gd., April-Mai 133,00 Gd., Mai-Juni 135,00 Gd., Juni-Juli 136,00 Gd., Hafer (p. 1000 Kilo) p. Dez. 129,00 Br., Rübsöl (p. 100 Kilo) p. Dez. 51,50 Br., April-Mai 51,00 Br., Spiritus (p. 100 Liter 100 à Prozent) ohne Fab: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefündigt —, p. Dez. 50er 48,50 Gd., 70er 29,00 Gd., April-Mai 30,50 Gd., 3. Int. Ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

**** Leipzig, 13. Dez.** [Wollbericht.] Kammszug-Termin-Handel. La Plata. Grundmuster B. p. Dezember 3,70 M., p. Jan. 3,70 M., p. Febr. 3,72 1/2 M., p. März 3,75 M., p. April 3,77 1/2 M., p. Mai 3,80 M., p. Juni 3,80 M., p. Juli 3,82 1/2 M., p. August 3,82 1/2 M., p. September 3,85 M., per Oktober 3,87 1/2 M., per November — M. Umsatz 60 000 Kilo Gramm.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
Stunde.	66 m Seehöhe.			
13. Nachm. 2	746,8	SW mäßig	trübe	+ 1,7
13. Abends 9	750,0	WNW leicht	bedeckt	+ 1,3
14. Morgs. 7	755,9	WNW mäßig	trübe	+ 0,8

¹⁾ Abends Regen und Schnee. ²⁾ früh Nebel.
Am 13. Dez. Wärme-Maximum + 2,4° Cels.
Am 13. „ Wärme-Minimum + 1,0° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13. Dez. Morgens 0,50 Meter
„ „ 13. „ Mittags 0,56 „
„ „ 14. „ Morgens 0,44 „

Produkten- und Börsenberichte.

Rundschau.

Breslau, 13. Dezember. (Schlußkurse.) Befestigend. Neue Proz. Reichsanleihe 86,00, 3 1/2 Proz. L.-B.-Anleihe 97,80, Kontr. Türken 21,75, Tür. Boole 91,75, 4 Proz. ung. Goldrente 95,75, Bresl. Distriktsbank 96,30, Breslauer Wechselbank 96,50, Kreditanstalt 165,25, Schles. Bankverein 111,15, Donnerstagsbörse 82,00, Silber-Rheinbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft zur Bergbau u. Lüttenberch 111,50, Oberschles. Eisenbahn 41,75, Oberschles. Portland-Zement 68,50, Schles. Cement —, Oppeln. Zement 84,50, Schl. D. Zement —, Kramke 123,50, Schles. Zinklatten 186,50, Laurahütte 94,90, Verein. Delfabr. 91,00, Oesterreich. Banknoten 169,45, Russ. Banknoten 202,55, Giesse Cement 69,00.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 13. Dez. Getreidemarkt. Weizen niedr., Roggen niedr., loco per 2000 Pfd. Zollgewicht 119 — Gerste still. Hafer ruhig, loco per 2000 Pfd. Zollgewicht 126 — Weiße Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgewicht unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loco 49 1/2, per Dezbr. 50, per Jan. 49 1/4. — Wetter: Thaumetter.

Danzig, 13. Dez. Getreidemarkt. Weizen loco unver. Umsatz 100 Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig —, do. hellbunt 143,00, do. hochbunt und glatt 146 — 148, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 147, do. p. Dez. Transit 126 Pfd. —, do. pr. April-Mai Transit 126 Pfd. 126 50, Roggen loco niedr., inländischer per 120 Pfd. 118,00, do. polnischer oder russischer Transit 99,00, Regulirungspreis zum freien Verkehr 118, do. Dezember, Transit 120 Pfd. 102,00, do. pr. April-Mai, Transit 101, Gerste große loco 135 — 136, Gerste kleine loco 115, Hafer loco 120 — 128, Erbsen loco —, Spiritus p. 10 000 Str.-Proz. loco kontingentl. 49,25, nicht kontingentl. 29,50.

Köln, 13. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 15,75, do. fremder loco 17,00, per März 16,55, per Mai —, Roggen hiesiger loco 15,25, fremder loco 15,75, per März 14,20, per Mai —, Hafer hiesiger loco 14,75, fremder —, Rübsöl loco 56,00 per Mai 53,00, per Okt. —, — Wetter: Schön.

Bremen, 13. Dezember. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fass-ölfrei. Schwach. Volo 5,50 Br.

Baumwolle. Fest. Upland middl. loco 50 1/2 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminallieferung p. Dez. 49 1/4 Pf., per Jan. 50 Pf., p. Febr. 50 1/2 Pf., p. März 50 1/2 Pf., p. April 51 Pf., per Mai 51 1/2 Pf.,

Schmalz. Sehr fest. Schaer — Pf., Wilcox — Pf., Choice Groceries schwimmend, 51 Pf., Armour 52 Pf., Armour schwimmend 51 Pf., Kobe u. Brother (pure) 51 1/2 Pf., Fairbanks — Pf.

Spek. Ruhig. Nov.-Abladung 46, Dez.-Januar-Abladung short clear middl. 44, long clear middl. 43.

Wolle. Umsatz 110 Ballen.

Bremen, 13. Dez. (Kurse des Effekten- und Kallers-Börsen.) 5 Proz. Nordb. Bankämmerlei- und Kammeran. Spinnerei-Aktien 150 1/2, Gd., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 94 1/2, Gd.

Samburg, 13. Dez. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezbr. 76 1/2, per März 74 1/2, per Mai 73, per Sept. 73. Beihauptet.

Samburg, 13. Dez. Zuckermarkt. Schlussbericht. Rüben-

Verhdl. amerikan. Lieferungen: Dez.-Jan. 5 $\frac{1}{16}$, Werth, Jan.-Febr. 5 $\frac{5}{64}$, Verkäuferpreis, Febr.-März 5 $\frac{1}{8}$, Werth, März=April 5 $\frac{5}{16}$, Verkäuferpreis, April=Mai 5 $\frac{1}{8}$, Werth, Mai=Juni 5 $\frac{15}{16}$, Ver-

Produkten-Börse.
Berlin, 13. Dez. Die Berichte vom Auslande zeigen die

ab. = 320 M. 4 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 4 Gulden

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,75—17,00 bez., do. feine Marken
Nr. 0 u. 1 18,50—17,75 bez., Nr. 0 1,5 Mk. höher als Nr. 0 u
nr 1 100 Pfund. bi. inll. Sach.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von H. Deder u. Co. (H. Köstel) in Bozen.